



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Inserationsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilage 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 288. Mittags-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 23. Juni 1868.

Deutschland.

Breslau, 22. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der Königin hat dem kaiserlich russischen General-Major v. Mayevski den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse, dem Commerzien-Rath Johann Friedrich Rogge zu Elbing und dem Civil-Ingenieur Franz Ferdinand Carl Andreas Meyer zu Hamburg den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Leutnant-Commandeur Ernst Abendroth zu Cuxhaven den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, sowie dem Unter-Steuer-Erheber Joseph Führer zu Bederbagen, im Kreise Hofeismar, und dem pensionirten Kreis-Verordneter Wilhelm Fischbach zu Cassel das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen; ferner den Ober-Forstmeister Ulrich zum Landforstmeister mit dem Range der Räte zweiter Klasse und den früheren nassauischen Ober-Forststratz v. Baumbach zum Ober-Forstmeister mit dem Range der Räte dritter Klasse und vortragenden Räte im Finanz-Ministerium ernannt.

[Die Antwort des Magistrats] auf die den Knaak-Bischof'schen Streit betreffende Petition vieler Bürger vom 7. d. Mts. lautet wie folgt:

„Berlin, den 19. Juni 1868.
Die Vorgänge auf der Friedrichs-Verderschen Kirchensynode — welche Sie und eine namhafte Anzahl ihrer Bürger zu der unterm 9. d. M. an uns gerichteten, der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung überreichten und von dieser befragt und uns übermittelten Petition veranlaßten — haben auch unsere lebhafteste Aufmerksamkeit auf sich gezogen.
So sehr wir die subjective Berechtigung jeder kirchlichen Auffassung, sich geltend zu machen, anerkennen, — wir würden es um der lebenskräftigen Entwicklung der evangelischen Kirche willen tief beklagen, wenn die in der Erklärung von 21 Mitgliedern jener Synode ausgesprochenen Ansichten Anspruch darauf haben sollten, für die Ueberzeugung einer überwiegenden Anzahl evangelischer Geistlichen zu gelten. Denn je mehr es der durch jene Erklärung vertretenen Richtung, welche jede von der übrigen abweichende Ansicht „über den Glauben der Christenheit“ als unchristlich verurtheilt, gelingen sollte, sich zur herrschenden zu machen, um so mehr — müssen wir fürchten — würde sich das auf den Grundlagen der wissenschaftlichen Ueberzeugungen unseres Jahrhunderts gebildete Laienbewußtsein von der Kirche abwenden.“

Schon aus diesem Grunde würden wir jedem thatsächlichen Versuche, die Vertheidigung einer anderen, in religiösem und gewissenhaftem Bemühen gewonnenen theologischen Auffassung von den Kanzeln zu verdrängen, mit allen Mitteln, zu welchen uns unsere Stellung berechtigt, und mit derjenigen Entschiedenheit entgegenzutreten, welche die Ueberzeugung verleiht, daß allein der Geist der evangelischen Freiheit, aus welchem unsere Kirche geboren ist, sie in ihrer Entwicklung leiten und vor dem Verfall schützen kann.

Wohl hat sie traurige Zeiten erlebt, in denen das Licht dieses Geistes verdunkelt war durch den Staub, welchen der Streit um den Buchstaben des Bekenntnisses aufwirbelte.

Sie werden — so hoffen wir — in dieser Stadt nicht wiederkehren, zu deren schönsten Ueberlieferungen es gehört, daß in ihr seit Leibniz's Tagen bis auf die Zeiten Fichte's und Hegel's, Neander's und Schleiermacher's die freie Forschung eine freie Stätte fand.

Die bürgerliche Obrigkeit hat keinen Beruf, theologische Streitfragen zu prüfen. Aber, soweit sie berufen ist, in Ausübung ihres Patronatsrechtes auf die Befestigung eines Theiles der Kanalen unserer Stadt einen Einfluß zu üben, wird ihre Sympathie denjenigen Männern gehören, deren theologische Ueberzeugung nicht im Widerspruch steht mit den Grundsätzen unserer nationalen Kultur, deren Weltanschauung nicht dem bürgerlichen Leben abgewendet ist, die vielmehr, wie der unergiebige Schleiermacher, auch jede Pflicht des Bürgers aus dem Standpunkt des göttlichen Wortes zu begreifen, zu würdigen, zu erklären verstehen.

So lange es der praktischen Theologie nicht an frommen und begabten Jüngern fehlt, welche die Gemeinde in diesem Geiste um sich zu sammeln, zu fördern und zu erheben vermögen, werden wir glauben, durch ihre Berufung zu Verkündern des Evangeliums dem Sinne der unserm Patronat unterliegenden Kirchengemeinden zu entsprechen.

Besser freilich stände es wahrscheinlich um unsere protestantische Kirche, wenn ihre Entwicklung nicht fast ausschließlich durch das Patronat und das Kirchenregiment bestimmt wäre, wenn die Gemeinde durch verfassungsmäßige berechnete Organe ihre Uebereinstimmung oder ihren Dissens mit den Auffassungen des Bekenntnisses zum Ausdruck zu bringen vermöchte. Von solchem Ziele sind wir noch weit entfernt, und wie lebhaft wir mit den Vätern wünschen: „daß der evangelischen Gemeinde statt der gegenwärtigen Scheinvertretung eine würdige Stellung in der evangelischen Kirche eingeräumt werde“, so können wir doch mit dem Ausdruck der Ueberzeugung nicht zurückhalten, daß die evangelische Gemeinde diese Stellung erst dann zu erringen hoffen kann, wenn sich ein lebendiger Drang danach, als wir ihn bisher wahrgenommen, aus ihrer Mitte kundgibt, und wenn eine Zeit kommt, wo das jetzt vorzugsweise, wenn nicht ausschließlich der Gestaltung unserer politischen und nationalen Lebens gewidmete allgemeine Interesse sich der Uagaltung der Formen unserer Kirchenverfassung zuwenden wird.

Wenn die Herren Petenten schließlich noch beantragen: „bei der Organisation des städtischen Schulwesens den Uebergriffen geistlichen Einflusses einen Riegel vorzulegen“, so werden sie nicht verkennen, daß wir auch auf diesem Gebiete nur innerhalb der bestehenden Verordnungen zu wirken vermögen. Wir verkennen nicht, daß die Stellung, welche diese Verordnungen den Laien gegenüber den Parochialgeistlichen angewiesen haben, eine nicht angemessene ist.

Verhandlungen über eine Aenderung dieses Verhältnisses sind bei der Schul-Deputation im Gange. Das Resultat derselben wird, sobald es uns gelangt, unserer sorgfältigen Erwägung unterliegen. Wir hoffen, daß es gelingen wird, bessere Einrichtungen an Stelle der bestehenden zu setzen.

Auf die gesetzliche Regelung des Verhältnisses von Kirche und Schule einen unmittelbaren Einfluß zu üben, sind wir außer Stande.
Sollte es Noth thun, so gedenten wir, wenn diese Frage an den Provinzial-Landtag kommt, mit unserer Auffassung über die Lösung der schwierigen Probleme, die sich an dieselbe knüpfen, nicht zurückzuhalten.

Magistrat hiesiger königl. Haupt- und Residenzstadt.

Hedemann.

An den Stadtverordneten-Vorsteher Herrn Kochmann.

[Die Festschließung der Dividende für die Actionäre der hiesigen Nordbahn] steht dem Vernehmen nach binnen Kurzem bevor. Eine frühere Festschließung hat um deswillen nicht erfolgen können, weil der diesjährige Abschluß der Nordbahn wegen ihres Ueberganges an das Bergisch-Märkische Eisenbahn-Unternehmen ein definitiver sein muß und sämtliche Rechnungspositionen erledigt werden müssen, während es in früheren Jahren im Interesse einer schnellen Dividenden-Festschließung keinem Bedenken unterliegen konnte, die Regulierung einzelner Rechnungspositionen vorzubehalten. Uebrigens ist die Dividende der Nordbahn in den Vorjahren mit Ausnahme des Jahres 1867 niemals vor dem 1. August ausbezahlt worden.

Schloß Babelsberg, 21. Juni. [Se. Majestät der Königin] besichtigten gestern um 9 Uhr das Lehr-Bataillon am Neuen Palais und nahmen um 10 1/2 Uhr den Vortrag des Militär-Cabinet's auf Schloß Babelsberg entgegen. Um 2 Uhr begaben Se. Majestät sich von der Königshalle aus nach Berlin und schlossen daselbst im Weißen Saale in Allerhöchster Person den Reichstag des Norddeutschen Bundes. Gleich nach seiner Ankunft in Berlin hatten Se. Majestät die Gnade, in die Fahnenlange der dem Füsilier-Bataillon 7. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 96 Allerhöchstdigst verliehenen Fahne den ersten Nagel einzuschlagen. Gegen 4 Uhr fand der Vortrag des Civil-Cabinet's statt. Um 5 Uhr dinirten Se. Majestät bei dem Kriegsminister General v. Moos, wonach Allerhöchstdieselben um 7 Uhr den Wirklichen Geheimen Rath von Thile im königlichen Palais empfingen. Demnächst arbeiteten Se. Majestät und fuhrten — um 10 1/2 Uhr wieder nach Schloß Babelsberg zurück.

Heute Nachmittag um 2 Uhr begaben Se. Majestät Allerhöchstdigst zum Rennen nach Hoppegarten.

Zeitz, 16. Juni. [Nichtbestätigung.] Der zum Bürgermeister in Zeitz erwählte Rechtsanwalt Nebe in Neusalz hat die Bestätigung nicht erhalten. Wir glauben diesen Fall durch eine kurze Charakteristik Nebe's illustriren zu müssen.

Im Jahre 1848 war er als Student einer der Ersten, die als Freiwillige ihr Leben für die Befreiung Schleswig-Holsteins vom dänischen Joch einsetzten. Nach glänzender Abolvierung der Examina wurde er zum Syndikus des Domkapitels in Zeitz ernannt und erwarb sich in dieser Stellung das Vertrauen und die Liebe seiner conservativen Vorgesetzten. Nebenbei arbeitete er in der uneigennützigsten Weise und mit einem eisernen, fast aufreibenden Fleiße für das öffentliche Wohl. Er war der Gründer und Leiter fast aller in neuerer Zeit hier entstandenen gemeinnützigen Institute, vom Arbeiterbildungsverein bis zur Feuerwehr, und hat ihnen, insbesondere dem Vorwärtsverein noch Jahre lang aus der Ferne mit Rath und That beigegeben.

Einem solchen Mann, dem selbst die ausländischen politischen Gegner ihre Hochachtung nicht versagt haben, hatte die Stadt Zeitz bereits im Jahre 1864 mit allen gegen eine Stimme zu ihrem Bürgermeister gewählt, er ist aber nicht bestätigt worden; vielleicht weil er als Wahlmann liberal gewählt und den mitunter wunderlichen politischen Ansichten der Herren Landräthe im Wahlkreise erfolgreich entgegengetreten war.

Die Stadt wollte nicht demonstrieren, sondern wählte den kürzlich als Bürgermeister nach Halberstadt berufenen, früher ebenfalls angestellten Stadtrath Veder. Nebe wurde nun zum zweiten Male und zwar einstimmig gewählt. Man glaubte nach den Ereignissen des Jahres 1866 auf die Bestätigung rechnen zu dürfen. Unterdeß als Rechtsanwalt nach Neusalz verbergt, erklärte sich der Gewählte bereit, das Bürgermeisterei-Amt anzunehmen, trotz dem seine jetzige Stellung materiell besser ist als die Stadt Zeitz sie ihm jemals gewähren kann. Den Ernst seines Willens zu bekunden, hat er persönlich um die Bestätigung beim Oberpräsidenten von Württemberg und dem Minister des Innern nachgesucht, an beiden Orten hervorgehoben, daß er bereits bei den letzten Wahlen für einen national-liberalen, also nicht regierungsfeindlichen Candidaten gewählt habe und zum Ueberflusse die Versicherung gegeben, daß er in seiner zukünftigen Stellung sich fern von jedem politischen Parteitreiben halten werde und — er hat die Verwendung dieser beiden Herren nicht erwirken können, denn die Bestätigung ist ohne Angabe von Gründen abermals verweigert worden.

Das Alles sind nackte Thatfachen, wie sie hier Jedermann kennt. Ebenso ist es bekannt, daß nur ein Mann von dem Organisations-talent, der Ausdauer und der Sparsamkeit Nebe's unsere durch einen großen Schulbau und andere bedeutende Anlagen schwierig gewordenen finanziellen Verhältnisse in Ordnung halten kann, indeß — die Bestätigung ist verweigert worden.

Wir haben in den letzten Jahren Manches erfahren und Vieles gelernt, aber das ist gewiß, daß es für jeden Vaterlandsfreund wünschenswerth ist, ein Verfahren, wie es in diesem Fall wieder vorliegt, beiseite zu legen.

Kiel, 22. Juni. [Marine.] Nach eingegangener Meldung ist Sr. Majestät Dampf-Kanonensboot „Blitz“ am 20. d. in Plymouth angekommen.

Bremen, 22. Juni, Nachm. 2 Uhr. [Der Brand.] Die seit heute Vormittag hier wüthende Feuerhölle gewinnt fortwährend an Ausdehnung. Seit einer halben Stunde brennt der Speicher der Firma D. H. Wäjen u. Comp., welcher bedeutende Vorräthe enthält. Bis jetzt ist man noch nirgends des Feuers soweit Herr geworden, um die Gefahr als beseitigt ansehen zu können. Die nahegelegene Stephanskirche ist gefährdet, wenn sich das Feuer noch weiter verbreitet. Fünf Privathäuser stehen gleichfalls bereits in Flammen.

Kassel, 22. Juni. [Dementi.] In hiesigen unterrichteten Kreisen ist nichts davon bekannt, daß Se. königl. Hoheit Prinz Albrecht (Sohn) hier ein Commando übernehmen werde.

Frankfurt a. M., 21. Juni. [Aus der Stadtverordneten-Versammlung.] Die kirchlichen Behörden. — Schwurgericht. — Feuer. — Witterung. — Die Presse und der Reichstag.] Als einen Beweis, wie sehr auch bei uns die alte spießbürgerliche Gesinnung in Abnahme begriffen ist, darf ich wohl erwähnen, daß ein in unserer letzten Stadtverordneten-Versammlung gestellter Antrag, dahin lautend: „Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, die Local-Schulbehörde zu ersuchen, bei Befestigung der städtischen Schulstellen die hiesigen oder die hier wirkenden bewährten Lehrkräfte in erster Linie zu berücksichtigen“, nachdem er von geistig kompetenter Seite in das gehörige Licht gestellt war, bei abschließlicher Abstimmung mit allen Stimmen gegen eine abgelehnt wurde. Als Curiosum aus derselben Sitzung ist noch zu berichten, daß die Versammlung dem Antrage des Magistrats, einen der Gallawagen des ehemaligen Bürgermeisters, dessen Anschaffung zur Zeit des Fürstentages circa 1700 fl. gekostet hatte, für 300 fl. zu verkaufen, ihre Zustimmung erteilte.

Gegenwärtig hält sich der Ober-Regierungsrath v. Prittwitz aus Wiesbaden im Auftrage des Cultusministeriums hier auf, um unsere kirchlichen Verhältnisse zu studiren. Zur Zeit bestehen nämlich in unserer Stadt an kirchlichen Behörden noch: das evangelisch-lutherische Consistorium, das evangelisch-reformirte Consistorium und die vereinigten evangelisch-protestantischen Consistorien, und man vermuthet die baldige Auflösung dieser Behörden und die Uebertragung der Oberaufsicht unserer kirchlichen Angelegenheiten an die Regierung zu Wiesbaden. — Vor unserm am 22. d. Mts. beginnenden Waisen werden nicht weniger als sechs Fälle schwerer Verbrechen zur Verhandlung kommen, darunter ein Fall der Körperverletzung mit tödtlichem Erfolg, mehrere Verbrechen gegen die Sittlichkeit und ein Kindesmord. Auffindungen von Kindesleichen sind überhaupt eine stehende Rubrik unserer Tagesblätter, und es ist sehr zu beklagen, daß man in so vielen großen deutschen Städten noch immer Findelhäuser vermisst, die allein im Stande sind, die Zahl dieser unschuldigen Opfer beträchtlich zu vermindern. — Die städtische Wasserleitungsnoth, die seit Jahr und Tag herrscht und bei entstehenden Bränden verhängnisvoll werden kann — Zeuge des der Dombau im vorigen Jahre — machte sich bei einem am Sonntag Nachts in der Rahmbof-Kaserne ausgebrochenen Feuer wieder sehr unangenehm fühlbar: ein Stall, aus dem die darin stehenden Pferde noch gerettet werden konnten, wurde eingestürzt, außerdem brannte ein Mehlmagazin im Werthe von 30,000 fl. nieder. Die alte Wasserleitung Frankfurt ist nämlich defect, die neue im Bau noch lange nicht vollendet.

— Unsere Witterungsverhältnisse sind ausgezeichnet; die Entwicklung der Reben in hiesiger Gegend, namentlich auch auf dem Sachsenhäuser Berg ist die ausgezeichnetste, die Blüthe schon vorüber und die Herbstausichten vortrefflich; auch die Brodfrüchte stehen besser wie seit vielen Jahren und haben volle Aehren. Möge der Herbst erfüllen, was der Frühling verspricht. Es war einmal im Plan, die Zuckerfabrikation am hiesigen Plage ins Leben zu rufen; da aber die Landwirthe hiesiger Gegend sich nicht geneigt zeigten, das erforderliche Quantum Rüben anzubauen, so ist die Sache wieder aufgegeben. Und doch muß Rüben bauen eine weit angenehmere Beschäftigung sein, wie als gewissenhafter

Berichterstatter Tag für Tag die hiesige Presse zu durchstöbern, begierig ein fruchttragendes Körnlein leuchtender Wahrheit, warmer Vaterlandsliebe, gerechter Anerkennung dessen darin zu finden, was die Erwählten des Volkes im Verein mit den Vertretern der Regierungen ratthschlagen und beschließen. Sie werden mit Bitterkeit und Hohn überschüttet, sie mögen thun und lassen, was sie wollen und wie sie's wollen. Neulich als der Reichstag momentan nicht beschlußfähig war, gleich war die Heßpeitsche hinter ihm und machte mit scharfen Ruthenstreichen Verlesungsversuche an dem todgeborenen Kinde; jetzt, wo er sich eifrig an die Arbeit gemacht hat, arbeitet er „mit Dampfkraft in überfüllender gewissenloser Eile, um nur nach Hause zu kommen“; jede Vorlage des Bundesrathes, der er zustimmt, ist ein Zeichen seiner Schwäche und Gewissenlosigkeit, und Gnade vor diesen fanatischen Verneinungsmenschen finden nur solche Beschlüsse der Volksvertretungen, welche mehr oder weniger geeignet scheinen, das staatliche Räderwerk ins Stocken zu bringen. Das beliebteste Thema des Augenblicks ist, daß der Nordbund auf „zwei Augen stehe“ und daß, wenn dem Grafen Bismarck etwas Menschliches begegne, der stolze Bau jählings zusammenbrechen werde. Was werden die Herren sich verrechnen!

Mainz, 22. Juni. [Herbstübungen.] Die großherzoglich heßische (25.) Division hält ihre Herbstübungen in ganz gleicher Weise ab, wie die Divisionen der norddeutschen Bundesarmee, über welche durch königl. Cabinetsordre vom 9. Februar, wonach nur Divisions- und nicht Corpsübungen stattfinden sollen, Bestimmungen getroffen waren. Die heßische Division wird zu diesem Zwecke Anfang September bei Darmstadt concentrirt und hat am 19. desselben Monats ihren letzten Mandvertag.

Niederlande.
Haag, 18. Juni. [In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer] war auch Herr Thorbecke zugegen, der in den beiden früheren Abwesen war, und fand sich durch die directe Anfrage des Herrn van Goltstein veranlaßt, sich über die Bildung des neuen Cabinetes auszusprechen. Daß das neue Cabinet hauptsächlich aus Nichtmitgliedern der Kammer zusammengesetzt sei, habe seinen Grund darin, daß es wünschenswerth erschienen sei, die bei den Parteidiskussionen, welche die Kammer seit anderthalb Jahren gehalten, auf der einen oder anderen Seite theilnehmenden Personen nicht in das Ministerium aufzunehmen, damit der Sieg ein rein sachlicher bleibe und nicht persönlich erweise. Das neue Ministerium sei liberal; eine Mischung beider Parteien in demselben könne zu keiner gelungenen Politik führen, aber das neue Ministerium habe durchaus persönliche Absichten. Eine vollkommene Ausgleichung der widersprechenden Ansichten sei nicht möglich, aber der Streit müsse mit Ruhe und Unparteilichkeit geführt werden. Wenn die Bildung eines liberalen Ministeriums ohne seinen Eintritt in dasselbe nicht möglich gewesen wäre, so würde er sich nicht geweigert haben, da dieses aber nicht nöthig gewesen, so sei er zurückgetreten. Die Erklärungen der Minister, welche sie gleich nach der Interpellation des Herrn Koorders gaben, wurden gestern am Schluß der Debatte im Wesentlichen wiederholt. Der Finanz-Minister, Herr van Bosse, sagte, Jeder wäre einverstanden, daß die jüngsten Begebenheiten von abstemmendem Einfluß auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten gewesen seien, deshalb habe das Ministerium sich angestrengt, vor Allem die verlorene Zeit einzuholen und deshalb auch kein Programm aufgestellt, welches zu weitläufigen Erörterungen Anlaß gegeben haben würde. Gelegenheit dazu werde sich schon finden, besonders bei der colonialen Frage. Der leitende Gedanke bei der Zusammenstellung des Ministeriums sei der der Versöhnlichkeit gewesen, deshalb sei auch der Herr Thorbecke nicht selbst in das Ministerium eingetreten, andererseits aber auch seines Alters wegen nicht. Seine eigene Stellung vertheidigt Herr van Bosse mit seiner früheren politischen und administrativen Thätigkeit. Der Minister ist überzeugt, daß sieben Achttheile des Landes liberal gestimmt sind, wenn auch diese sich in viele Schattirungen theilen; einige derselben wollen schneller, andere langsamer vorschreiten, aber unter der nationalen Fahne seien sie alle einig. Der Minister der Colonien erklärte, er sei nicht geneigt, lange Reden zu halten. Auch er wünsche, möglichst persönlich vorzugehen. Seine erste Sorge seien die indischen Finanzen. Ein Fortgang auf dem gegenwärtigen Wege sei gefährlich, aber die Behandlung der Frage für die Verabreichung des indischen Budgets für 1869 vorbehalten. Die Angelegenheit der Staatsculturen müsse durch die Gesetzgebung in liberalerem Sinne geregelt werden bis zum langsame Uebergegang zur Freiheit, eben so die Vertheilung von uncultivirtem Lande, die Verträge mit den einheimischen Häuptlingen und die Bestimmungen über den Zwangsdiens. Eine Beschränkung der Presse in den Colonien weist der Minister sehr bestimmt von der Hand. Der Minister des Innern antwortete auf die Frage des Herrn Koorders, daß die Regierung nicht die Absicht habe, das Unterrichtsgesetz zu ändern, und zwar nicht, um sich bei einer Partei eine Stütze zu suchen, sondern weil sie der Ueberzeugung sei, daß das bestehende Gesetz, richtig angewandt, ausreiche.

Amerika.
New-York, 6. Juni. [Im Repräsentantenhaus] ist eine Resolution eingebracht worden, welche den kürzlich verstorbenen Ex-Präsidenten Buchanan wegen seiner Tugenden und seines Patriotismus belobt; dieselbe wurde jedoch mit 73 zu 47 Stimmen abgelehnt, wie sich von der republikanischen Majorität wohl erwarten ließ. Dagegen beschloß das Haus, einen Ausschuß von 6 Mitgliedern zu ernennen, welcher zum Beweise der Achtung für die hohe Stellung, die der Verstorbenen ehemals inne gehabt, dem Leichenbegängnisse beiwohnen sollte.

[Grant als Candidat für die Präsidentenwahl] hat unter dem 29. Mai folgendes Schreiben veröffentlicht:

„Indem ich förmlich die Candidatur annehme, welche mir am 21. Mai von der nationalen unionistischen-republikanischen Convention angeboten worden ist, scheint es mir zweckmäßig, meine Ansichten über gewisse Punkte auszusprechen. Die Verhandlungen der Convention waren durch Weisheit, Mäßigung und Patriotismus charakterisirt; ich glaube, daß sie der Meinung der großen Mehrzahl derer entsprechen, welche das Land in seinen letzten Prüfungen unterstützt haben. Ich unterschreibe die Resolutionen. Wenn ich zum Präsidenten der Vereinigten Staaten erwählt werde, werde ich mich anstrengen, in der Absicht, den Frieden, die Ruhe herzustellen und alle Interessen zu beschützen, alle Gesetze mit Treue anzuwenden. In einer Zeit, wie die jetzige, ist es unmöglich oder es würde wenigstens nicht sehr passend sein, ein politisches Programm aufzustellen und sich zu verpflichten, es während einer Verwaltung von vier Jahren streng zu befolgen. Neue politische Fragen, an die man nicht dachte, tauchen alle Tage auf; die früheren Meinungen verändern sich beständig, und ein rein administrativer Beamter sollte immer frei sein, den Willen des Volkes auszuführen. Ich habe diesen Willen immer geachtet und werde ihn immer achten. Der Friede, welcher den allgemeinen Wohlstand und die administrative Sparsamkeit herbeiführt, wird die Ababelast erleichtern, indem er die Nationalschuld fortwährend vermindert. Wir wollen den Frieden aufrecht halten. Ich bin mit Achtung u. c. U. S. Grant.“

[Duell-Angelegenheiten.] Bekanntlich fand vor etwa 14 Tagen ein Duell zwischen dem Baron v. Kufferow, dem preussischen Legations-Secretär in Washington, und dem General Lawrence, dem nordamerikanischen Minister bei der Republik Costa Rica, statt. Der Graf Lottum von der preussischen Gesandtschaft theilte sich als Zeuge dabei. Seward hat nun den General Lawrence seiner Stelle entsetzt und zugleich folgenden Brief an den preussischen bevollmächtigten Minister, Baron v. Gerolt, gerichtet:

„Mein Herr! Es ist für mich eine peinliche Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit auf

